

Aus dem helvetischen Irrgarten

Autor(en): **Schürch, Ernst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Schweizer Rundschau**

Band (Jahr): **13 (1945-1946)**

PDF erstellt am: **30.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-759196>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AUS DEM HELVETISCHEN IRRGARTEN

VON ERNST SCHURCH

Dieser Irrgarten besteht aus geistigen Irrgängen, in denen sich manche Eidgenossen verloren haben. Eine Auswahl von Fehlgängern ist kürzlich an die Öffentlichkeit getreten worden. Es sind die 173, genannt «200» Unterzeichner der Eingabe an den Bundesrat vom 15. November 1940. Erst gab man amtlich nur die 150 Namen von zwei Sammel Listen bekannt, die dritte war verlorengegangen, konnte aber nach einer Kopie ersetzt werden; Presseleute waren seit Jahr und Tag im Besitz des ganzen Verzeichnisses, warteten aber brav, bis die Behörde sich entschließen wollte, die Petition mit allen Unterschriften bekanntzugeben. Der Augenblick für den entscheidenden Anstoß war gekommen, als sich zeigte, daß sich das Politische Departement in der Affäre des Dr. Hügel ein unvollkommenes Bild von gewissen Umtrieben machte. Man mußte sich darauf berufen, daß die «honorable citoyens», die mit dem Chef der deutschen Spionage unter Vorwissen des Bundeshauses Besprechungen über unsere Zeitungen pflogen, teilweise schon jene sonderbare Eingabe unterschrieben hatten, die den Bundesrat zu einem Gewaltstreich gegen Presse, Polizei und Justiz aufforderte. «200» nennt man die Petenten nach einer leicht aufschneiderischen Bekanntgabe der Fröntlerpresse. Bleiben wir in allem genau, und übertreiben wir nicht, auch nicht zum Nachteil der Gesuchsteller.

Vorweg das: die 173 haben durch Ausübung des verfassungsmäßigen Petitionsrechts kein Unrecht *begangen*, wohl aber ein Unrecht *verlangt*. Wir haben bis zum Beweise des Gegenteils in jedem einzelnen Fall davon auszugehen, daß sie glaubten, wirklich im Interesse des Landes zu handeln. Es ist aber nötig, daß man das ausdrücklich sagt; denn die Art, wie sie sich gegen die Polizei auflehnten, der wir schließlich die Aufdeckung des über die Schweiz gelegten «braunen Netzes» verdanken, setzt sie andern Deutungen in gefährlicher Weise aus, und man darf ohne Böswilligkeit auch daran denken, daß vielleicht andere als allgemein schweizerische Interessen mitsprechen konnten, so bei den Vertretern der Exportindustrie, und es wäre menschlich, wiewohl schändlich, wenn der eine oder andere daran

gedacht hätte, sich vorsorglich bei den braunen Beherrschern der Welt in Gunst zu setzen. Gleichwohl, wir haben kein Recht, die 173 als Landesverräter zu behandeln. Auch denjenigen, die (wirklichen Verrat ausbrütenden) rechtsextremen Kreisen nahestanden, gebührt das *beneficium dubii*. Man erinnere sich doch der ungeheuren Gewalt, die unser kleines Land rings umklammert hielt, denke auch daran, daß die Anbetung der Macht und ihres Erfolges zum materialistisch geprägten Geist einer Generation gehörte, die zudem im zerhackenden Hagel der Nachrichten das Gedächtnis verloren hatte und nach jedem Gewinn haschte, den der einzelne Tag brachte — während merkwürdigerweise gerade die dem Tag beruflich verpflichteten Zeitungsleute den Zusammenhang mit dem Gestern und Vorgestern viel besser zu wahren verstanden und heute sogar das Gedächtnis der Behörden auffrischen müssen!

Also nicht mit «Swisslingen», wie man englisch unsere 173 im Anschluß an den meistgenannten Norweger abstempeln wollte, sondern mit irregegangenen Eidgenossen möchten wir zu tun haben. Daß sie in der Methode, nicht nur in der Siegeserwartung, falsch beraten waren, wird auch dem am solidesten eingewickelten Kopf aufgedämmert sein. Aber warum erlagen sie der Rabulistik? Das ist zu erforschen; denn wichtiger als die Leute, nach denen man jetzt wirft wie nach Schießbudenfiguren, ist ihr Irrtum, weil die 173 für Tausende stehen, die falsch argumentiert haben, als ihnen die Eidgenossenschaft wie ein Ei in einer gepanzerten Faust zu liegen schien. Aehnlich dachten selbst Leute, die das unwürdige Dokument nie unterzeichnet hätten.

Daß *Bankdirektoren*, von denen sich ein paar für die Eingabe gewinnen ließen, in der Einschätzung Deutschlands sich täuschen können wie gewöhnliche Leute, das wußte man von fehlgeleitetem Kapital her schon eine ganze Weile, und man hätte die unterschriftliche Bestätigung in dieser Hinsicht nicht nötig gehabt.

Daß die *Theologie* nicht unbedingt vor Vergötzung irdischer Machthaber schützt, ist auch schon seit ein paar Jahrhunderten bekannt und ist uns zuletzt von den «Deutschen Christen» aufs neue bewiesen worden.

Die übermäßige Vertretung der *Medizin* unter den 173 mag man an die Sanitätsexpeditionen zur deutschen Ostfront anzuknüpfen versuchen.

Wie aber konnten auch noch *Juristen* den Bundesrat zu einem rechtswidrigen, durch keinen Vollmachtenbeschluß gerechtfertigten Gewaltstreich gegen Polizei und Justiz, aber auch gegen Anstellungsverträge auffordern, darunter ein Parlamentarier und sogar ein Beamter des Eidgenössischen Justizdepartements?

Eine besondere Würdigung verlangt das *militärische* Element unter den Petenten. Daß militaristisches Denken den Geist ein wenig deutschlandhörig machen kann, wußte man schon vor Däniker. Die Idee, daß man alles, was zu wünschen wäre, einfach kommandieren könne, gehört ein wenig zur *formation* und kann zur *déformation professionnelle* militärischer Köpfe werden. Die Versuchung, den endlosen deutschen Klagen gegen die Schweizer Presse durch eine radikale Zwangsmaßnahme abzuhelpfen, war denn auch zu stark: anstatt die beschuldigten Zeitungen selber wirklich zu lesen und festzustellen, was sie denn eigentlich und tatsächlich sündigten, kam man im Armee-stab auf die Idee, die *allgemeine Vorzensur* zu befehlen, und so hatte denn auch der Schreibende die Ehre und das Vergnügen, den ihm bestimmten Vormund in die Aufgaben eines verantwortlichen Zeitungsleiters einzuführen.

Es ist uns bekannt geworden, daß so etwas wie ein Sturm von Warnungen durch Offiziere, die mit Ausländern in Berührung gekommen waren, die hierarchische Leiter hinaufging. Ein Unterzeichner der Eingabe berief sich ausdrücklich auf eine Unterredung mit einer deutschen Militärperson. Gleichzeitig häuften und überhäuften sich die Quengeleien der deutschen Diplomaten bei den Chefbeamten des Politischen Departementes. Wir verdanken es der nüchternen Haltung des Bundesrates, daß uns eine Knebelung erspart blieb, die unter allen bloß möglichen wenigstens eine ganz sichere Folge gehabt hätte: Der englische Minister Dingle Foot hätte nicht im Februar 1945 in Bern gesagt, die Haltung der Schweizer Presse habe in gefährlicher Zeit einen großen Eindruck auf das englische Volk gemacht. Denn die vorzensierte Presse hätte ganz sicher überhaupt keinen Eindruck gemacht, höchstens den der Angst der Schweizer. Und das gegenwärtig vielleicht doch schätzbare moralische Kapital, das wir im Ausland anlegen konnten, wäre heute gewiß nicht vorhanden.

Nun aber verlangt die Billigkeit, daß wir jene Auffassung von der Presse, die sich in der Armee einen Augenblick bis obenhinaus Geltung verschaffte, den Offizieren zugute halten, die das Gesuch an den Bundesrat unterschrieben haben. Sie gingen freilich weit über die Vorzensur hinaus, aber doch ungefähr in der gleichen Richtung, wie mehr als einer ihrer Vorgesetzten. Daß aber das Armeekommando einen Streich, der die eigene Heerespolizei so gut wie die Bundespolizei getroffen hätte, ernstlich niemals billigen konnte, liegt doch wohl auch auf der Hand.

Wir müssen etwas finden, das alle Unterzeichner, Akademiker, Industrielle, Finanzleute, Bauern, Techniker, Berufsoffiziere usw., verbunden und zum Kollektivschritt getrieben hat, einen Einfluß, der ihr Denken gleich gerichtet, ihr Urteil gleich getrübt hat. Das aber

kann nur der deutsche Einfluß, nur, im weitesten Sinn des Wortes genommen, die *deutsche Propaganda* sein, die ja seit 1933 das ganze Land überschwemmte, aber sehr verschieden aufgenommen wurde. Es ging vom erbitterten Kämpfen gegen die Versumpfung unseres politischen Geistes bis zum blöden Nachblöken «Hitler hat immer recht», zu hören von einem Oberfröntler.

Mancher, sicherlich auch unter den 173, stand unter Einwirkungen, deren er sich gar nicht bewußt war. Wie ja selbst erklärte Nazigegner in Deutschland durch die Organisation des deutschen Nachrichtenwesens, ohne es zu merken, geistig die Pfade gingen, die ihnen Goebbels vorgezeichnet hatte. Auch das scharfe Mißtrauen gegen den schweizerischen Journalismus, das in militärischen Zirkeln zu spüren war, kam zum Teil über die Grenze, mit und nach dem Frontismus.

Um ein gesundes Urteil über alles zu gewinnen, was sich im Kampf um die Schweizer Presse während zwölf Jahren abgespielt hat, müssen wir zuerst ein gesundes Fundament gewinnen, auf das alles Geschehen bezogen werden kann. Wir finden diese Grundlage im Gebiet der deutschen Strategie und in Hitlers Buch «Mein Kampf». Wir gehen dabei von folgenden Erwägungen aus:

1. Eine Großmacht richtet ihre Strategie nicht nach der Schweizer Presse

Das ergibt sich als Wahrscheinlichkeitsschluß einfach aus der Proportion. Man hat uns Journalisten unsinnig überschätzt, als man sich einblasen ließ, von dem, was wir schrieben, hänge Krieg oder Frieden für unser Land ab. Zeitungen eines kleinen Staates haben nicht die Kraft, die deutsche Armee in Bewegung zu setzen oder ihr Marschziel zu bestimmen. Sonst müßten Preußen im Neuenburger- und Bismarck im Wohlgemuthkonflikt die Drohungen verwirklicht und die Schweiz mit bewaffneter Hand angefallen haben; denn die Schreibweise unserer Zeitungen war damals so unbändig, daß heutige Kampfschreiber über das, was unsere Vorgänger wagten, nur staunen können. Allerdings hat die Presse damals den Widerstandsgeist des Volkes geweckt und warmgehalten und dem klar entschlossenen Bundesrat den richtigen Rückhalt gegeben, bis die deutschen Pressionen versagten. Ist das nicht auch eine Lehre für die Gegenwart, für die 173 und auch noch für einige andere?

Die Kenner der Kriegsgeschichte möchten uns freundlich mitteilen, ob jemals eine Presse allein durch ihre außenpolitische Haltung ihrem Land einen bewaffneten Angriff zugezogen hat.

Wohl hat man uns zugerufen: «Die Völker bezahlen die Scheiben, die ihre Journalisten eingeworfen haben». Das ist ja wohl auch von Bismarck, und war sicher Import, ist aber (selbst innenpolitisch) ganz richtig. Gemeint war eine Jingo-Pressen, die den Machtwahn des eigenen Volkes bis zum Platzen aufblies und die Regierung zur offensiven Außenpolitik trieb — aber mehr Scheiben eingeworfen als die nationalsozialistische Presse hat noch keine. Auch am Schweizerhaus klirrten die Fenster. Ist aber jene Warnung vor journalistischen Kriegshetzern auf die Schweizer Presse, und ausgerechnet auf die des Jahres 1940, wirklich anzuwenden gewesen?

Man müßte die 173 eigentlich dazu verurteilen, die von ihnen beschuldigten Zeitungen, erschienen vom Niederbruch Frankreichs bis zu der Eingabe an den Bundesrat, durchzulesen und dann mitzuteilen, welche *tatsächlichen* Verfehlungen sie entdeckt haben. Als zur Warnung unseres Volkes im Mai 1940 das Nötige über die deutschen Methoden beim Ueberfall auf neutrale Nachbarn gesagt war, hielt sich die Presse, nicht nur infolge einer engen Aufsicht, sondern, wie mehrfach amtlich anerkannt wurde, auch aus freiwilliger Disziplin derart zurück, daß die Beschuldigungen der 173 ein reiner Hohn auf die Wirklichkeit sind. Freilich, ein Rest von Warnung und Abwehr blieb immer. Ob es nötig war, zu warnen und abzuwehren, darauf antworten die Enthüllungen aus dem Bundeshaus über die «Umtriebe». Wenn erst noch die versprochene Enthüllung der Anschlußintrigen kommt, dann wird man völlig im Bild sein. Gerade die Eingabe der 173 aber zeigt, in welcher von Miasmen geschwängerten geistigen Luft die Schweizer Presse seit dem Niederbruch Frankreichs ihre Aufgabe zu erfüllen hatte. Darüber aber, ob diese zum Aufrechterhalten des Widerstandswillens nötige Arbeit eine Kriegsgefahr für die Schweiz bedeutete, geben die Tatsachen Auskunft.

Die Sprache der Tatsachen

a) Amtlich wurde kundgegeben, daß Hitler *die Schweiz* 1943 überfallen wollte. Warum? Wegen der Zeitungen? Nein, wegen der Kriegslage in Italien. Der Beschluß wurde dann doch nicht ausgeführt. Warum nicht? Weil die bösen Zeitungsschreiber plötzlich lieb geworden waren? Nein, weil die deutsche Armeeführung fand, eine intakte Schweiz sei für die deutsche Kriegführung wichtiger als eine besetzte mit zerstörten Bahnen und Industrien. Von der Presse ist im Zusammenhang mit jener akuten Gefahr überhaupt nicht die Rede.

Nun hören wir freilich aus dem Bundeshaus, bei einem so reizbaren, unberechenbaren Menschen wie Hitler sei äußerste Vorsicht am Platz gewesen. Gewiß, aber diese äußerste Vorsicht wurde damals, als die

173 vorstießen, längst gewahrt, und dafür zeugen diese Herren wider Willen selber.

Sie wiederholten die langweiligen allgemeinen Anschuldigungen, die Phrasen vom «verhängnisvollen Kurs», vom «Anlaß zu schweren Bedenken» und (weiß Trost!) auch noch von der «Ausbreitung ausländischer Ideologien», nennen aber keine einzige Tatsache, führen kein einziges Wort aus den befehdeten Zeitungen an, das zu tadeln wäre. Das Zitat, das die Unterdrückung von Tagesblättern und Zeitschriften und das Fortjagen von leitenden Redaktoren rechtfertigen sollte, holten die Petenten aus einer beschlagnahmten Broschüre, die mit Journalistik nichts zu tun hat! Dafür sollten wir andern büßen. Es braucht schon einen guten Willen, um an den guten Glauben zu glauben, der in einer solchen Drehung liegen soll.

Man hat uns das löbliche *Beispiel anderer Länder* vorgehalten und ließ sich, auch anderswo als unter den 173, durch die Idee einer vertraglichen oder gesetzlichen Fesselung der Presse verführen. Auch ein Stück Korporationsstaat sollte nach einem krausen Einfall an unserer Presse versucht werden. Sehen wir die uns empfohlenen Muster an:

b) Im Jahre 1937 versprachen die Deutschen, ihre Angriffe auf die Schweiz und ihre Presse einzustellen, wenn wir ein Abkommen entsprechend dem *deutsch-österreichischen Pressefrieden* eingehen würden. In der Tat herrschte damals zwischen unsern Nachbarn kein Krieg in den Zeitungen — nur in den Aetherwellen. Durch das Radio wurde Oesterreich sturmreif getrommelt. Wenn der durchschnittliche Donauphääke die sich steigenden Drohungen gehört hatte und dann in seinem Leibblatt lesen wollte, was dazu zu sagen sei, dann fand er: nichts. Und er sagte sich: «Do kannst nix machen, do stehste machtlos vis-à-vis.» Die österreichischen Blätter durften ja nichts sagen, was Deutschland abträglich war, und die deutsche Presse hielt Gegenrecht — bis der Zweck des «Pressefriedens» erreicht und Oesterreich eingesteckt war. Was hat der Verzicht auf Abwehr durch die Presse Oesterreich genützt?

c) Besonders eifrig verwies man uns immer wieder auf das Vorbild *Dänemarks*. Dieses Land hatte auf die militärische Landesverteidigung verzichtet, Deutschland auf seine Rundfrage ganz nach Wunsch geantwortet, es fühle sich nicht bedroht, und es war nur logisch, daß sich auch die Presse danach richten mußte. Ob das Lob, das man ihr als Muster für widerborstige Helvetier spendet, von der dänischen Presse wirklich ganz verdient war, sei dahingestellt. Aber was hat das freundliche Gesicht, das sie dem Dritten Reich zukehrte, den Dänen genützt? Was hat ihnen das Schweigen ihrer Presse erspart?

d) Auch die *holländische Presse* hat man uns bis zum 10. Mai 1940 zuweilen als gutes Beispiel neutraler Journalistik vorgehalten. Dann

aber nicht mehr . . . «Es kann der Frömmste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt»; daß auch wir es mit einem bösen Nachbar zu tun hatten, das mußte unser Volk wissen, damit es nicht in eine Schlinge trete (wie die 173).

Unser Leitsatz, wonach Deutschland seine Strategie nicht nach neutralen Zeitungen gerichtet und seine Nachbarvölker *ganz ohne Rücksicht auf deren Presse überfallen oder verschont* hat, ist durch die Tatsachen erhärtet.

2. Deutschland wollte die neutrale Presse auf seine Strategie einstellen

Warum? Weil eine kriegführende oder sich auf einen Krieg vorbereitende Macht auf das eigene Volk und auf seine Gegner mit kaum einem andern Propagandamittel stärkeren Eindruck machen kann, als wenn sie verkünden darf: «Seht, die Unparteiischen geben uns recht!» Darum wurden, lange bevor die Bomben platzten, die Schweizer Zeitungen als Waffen im geistigen Krieg in Rechnung gestellt. Konnte man sie aber nicht als Parteigänger gewinnen, dann sollten sie auch der Gegenseite nichts nützen. *Das ist das ganze Geheimnis* des Kampfes der deutschen Agenten und ihrer helvetischen Hilfsvölker im Sturm gegen die Pressefreiheit der Schweiz. Wie sehr man darauf drang, uns als Mitläufer zu gewinnen, zeigte sich während des ganzen Krieges darin, daß beide Lager Stellen aus unsern Tageszeitungen und Wochenblättern in den Streit der Propaganda warfen. Was man nicht *fand*, das *erfand* man, in beiden Lagern. Im einzelnen sollen einige Tatsachen, die aus einer ungeheuren Menge herausgegriffen sind und hundertfach aus der Erfahrung unserer Journalisten bestätigt, aber durch nichts widerlegt werden könnten, andeuten, wie Deutschland nach seiner alten Dressurmethode, die es schon im letzten Jahrhundert gegen Elsässer und Polen versucht hatte, auch uns erziehen wollte: mit Zuckerbrot und Peitsche. Also erst ein Liebeswerben, dann ein Erwürgungsversuch. Dazu kommt, daß die Nationalsozialisten bis 1943 — damals stand die letzte uns bekannte drohende Liebeswerbung *Jakob Schaffners* an die Schweiz in einer kroatischen (!) Zeitschrift — einen eigentlichen *Heimfall ans Reich* erwarteten. Frei sein, schrieb der Halbschweizer, heiße teilhaben an der Macht! Wenn die Schweiz nicht wolle, dann rolle die Geschichte über sie hinweg, und sie sei ungeschichtlich geworden.

a) Der uns 1937 zugemutete «Pressefrieden» hätte die Schweizer Presse von der Wahrheitspflicht abgelöst und in eine Gefolgschaftspflicht eingespannt: über Deutschland nur die sogenannte «deutsche

Wahrheit» zu melden, das heißt das eigene Volk anzuschwindeln. Ein Katholik wollte sich bei den Verhandlungen gegen den Vorwurf der Greueljournalistik verteidigen und fragte, ob denn nicht wahr sei, was er von Vorgängen in der Kirche gemeldet hatte. «Natürlich ist es wahr; es geht Sie aber nichts an», war die Antwort. Solche Meldungen seien eine ungehörige Einmischung in deutsche Verhältnisse.

Diese Einmischungstheorie machte Schule bis in unsere Diplomatie hinein, die uns einmal in schärfster Form einprägen wollte, was im besetzten Oesterreich vorgehe, dürfe die Schweizer Presse nicht melden. Es gehe uns im übrigen nichts an.

Was bekamen wir nicht besonders 1936, im Jahre der Olympiade, von Sportlern, Kegelbrüdern, Jodlern und andern braven Eidgenossen alles zu hören, die Lustfahrten durchs Reich machen durften und denen nirgends auch nur das geringste Konzentrationslager begegnen wollte. Einige von ihnen glaubten, die Journalisten saugten sich solche Dinge aus den Fingern, ungefähr alle aber meinten, wir hätten uns ungebührlich «eingemischt».

b) Der Kampf um die Schweizer Presse setzte gleich nach Hitlers Machtergreifung ein, und so hat unsere Presse nicht sechs, sondern zwölf Jahre Krieg durchzustehen gehabt. Jenen Militärs, die in seltsamer Verblendung meinten, die Zeitungen hetzten aus sicherer Dekkung, für sie eintreten müsse dann am Ende die Armee, darf man heute folgendes mitteilen: Die persönlichen Bedrohungen, die schon vor 1933 nichts Ungewohntes waren, steigerten sich unter Hitler derart, daß der immer dichter werdende Fluß namenloser Einschüchterungsbriefe von der Kriminalpolizei schließlich ernst genommen wurde, da offenbar System darin steckte und all die Briefe, so verschieden sie auch waren, vermutlich unter sachkundiger Anleitung entstanden (im Handschuh geschrieben). Dieser Feldzug nazistischer Drohungen gegen die mißliebigen Presseleute hörte plötzlich wie auf einen Pfiff auf, als die Einschüchterung endgültig versagt hatte. Die zur Beseitigung angezeichneten Journalisten wußten längst, ehe der Gesandte Schmidt sie «in die asiatischen Steppen oder ins Jenseits» dislozieren wollte, daß keine Armee sie vor persönlichen Gefahren schützen würde. Sie wußten sogar, was einer militärischen Zeitschrift offenbar entgangen war, daß bei Ueberfall auf die Schweiz sofort das ganze Land Kriegsschauplatz und die Vorstellung von «Front und Hinterland» ein Biedermeiermärchen gewesen wäre.

c) Ein kleines Beispiel, wie die Schweizer Presse gleich nach Errichtung des tausendjährigen Reiches zielbewußt behandelt wurde: Die Swissair lud drei Journalisten eigener Wahl zu einem Flug nach Berlin und zurück ein und meldete, die Lufthansa würde während des

Aufenthaltes einen Wagen zur Verfügung stellen; es sei eine Sache gemeinsamer Werbung für den Luftverkehr. Die Lufthansa war uns sympathisch; sie hatte uns einmal in Italien aus einer Patsche gezogen und wieder flügge gemacht, und auch in Spanien war die Unterkunft in ihren Quartieren einmal recht angenehm. Aber vom Tempelhof ging's in den «Kaiserhof», wo uns luxuriöse Appartements angewiesen waren. Als wir dieses Quartier der Oberbonzen und Staatsgäste ablehnen wollten, vernahmen wir, das Auswärtige Amt habe alles organisiert; es sei nichts mehr zu ändern. Man sicherte uns auch feine Plätze in der Krolloper an der Feier zu Hitlers Geburtstag. Kurz: Zuckerbrot.

Aber einer der drei Eidgenossen ließ sich einfallen, ein paar Verse, die uns der größte Chor Berlins unter dem berühmtesten Dirigenten vorgesungen hat, ohne Kommentar, aber in ihrer ganzen Stümperhaftigkeit zu zitieren und sie der deutschen Achtundvierziger Revolutionslyrik entgegenzustellen, wörtlich so:

«Hakenkreuzstandarte steht wie Fels im Meer,
Und als treue Garde wacht das braune Heer.
Terror, Blut und Kerker schreckten uns nicht ab,
Unsere Idee war stärker, lebt bis übers Grab . . .»

zu vergleichen etwa mit Herweghs Schwung:

«Reißt die Kreuze aus der Erden,
Alle sollen Schwerter werden.»

oder mit Freiligraths machtvollem Trommelschlag:

«Pulver ist schwarz,
Blut ist rot,
Golden flackert die Flamme.»

Das war alles, aber es war zuviel. Gleich folgte dem Zuckerbrot die Peitsche: in einer einst angesehenen Hamburger Zeitung war zu lesen, der Chefredakteur des «Bund» sei ein bestochener tschechischer Agent. Dieser Unrat war aus Zürich gekommen, wo die Nazipresse in der Gestalt eines Eidgenossen einen ergebenen Beobachter hatte.

In der Meinung, die Ehre sei auch noch in Deutschland ein Rechtsgut, wollte sich der Verleumdete wehren. Es gelang auch den Bemühungen unseres Konsuls Prof. Delaquis, aber nicht ohne gesellschaftliche Beziehungen, den adeligen Schriftleiter zur Aufnahme einer denkbar schäbigen Notiz zu bewegen, wonach die Behauptung von schweizerischer Seite bestritten werde. Man hörte erst später, daß die Goebbelspresse grundsätzlich nicht berichtigen sollte!

Eine noch üblere Erfahrung machte der Schreibende mit einem ostpreußischen Blatt, ehemals von Rang und Ruf, der «Königsberg-Hartungschens Zeitung», die um einen Gefallen gebeten hatte, um dann einen Brief, durch Weglassungen gefälscht, mit voller Unterschrift an der Spitze des Blattes in Fettdruck zu veröffentlichen, als Meinung der Schweiz! Die edeln Kollegen hatten sich einen Pfeil gegen Polen daraus geschnitzt, und entschuldigten sich hierauf mit dem allen Redaktionen wohlbekannten Platzmangel...

Das mag zeigen, daß die Nazipresse von allem Anfang an moralfrei so gut wie parteigebunden war, und daß sie auf Einfangen und Mißbrauch schweizerischer Journalisten eingestellt war, lange bevor man außerhalb der Zeitungswelt hier im Lande eine Ahnung davon hatte, daß ein außerordentlich giftiger Kampf um die Seelen der Neutralen entbrannt war, ein Kampf, der sofort gegen undressierbare Schweizer ganz persönlich geführt wurde.

d) Während von 1933 an die Anfälle der deutschen auf die schweizerische Presse ungebremst weitergingen, zuweilen mit einer dazwischengepiffenen Kampfpause, während Reichsmarschall Göring in Freiburg i. Br. ausrief, wir hätten «Dreck in der Hirnschale», und uns ganz vergnügliche Ehrentitel um die Ohren klatschte (vom Hochgebirgssemiten bis zum judäomarxistisch-plutokratischen Demokratzerchen), wurde der Schweizer Presse eingeschärft, *ihre* Aufgabe sei die Pflege der korrekten Beziehungen. Seit 1934 waren unsere Zeitungen im Reich verboten, und das deutsche Volk hatte keine Möglichkeit, den ungeheuren Wust, den besonders die Provinzpresse gegen uns aufwarf, zu prüfen; es sollte ja auch nicht selber urteilen. Immerhin wurde wieder ein Zuckerbrot eingelegt: die «Basler Nachrichten» wurden zugelassen, um die andern futterneidig zu machen. Daß indessen die Schweizer nicht gar so begierig nach deutschem Zucker schnappten, machte den Dompteur je länger je wütender.

e) Endlich versuchte man es von ganz hoch oben herunter: mit der Auslegung unserer *Neutralität*. Dr. Bockhoff vom Auswärtigen Amt in Berlin erfand die totalitäre Neutralität. Es könne, schrieb er, hinfort nur eine dem totalen Krieg angepaßte Neutralität geben, wie im Krieg (in dem deutsche Köpfe längst bis über die Ohren staken, obwohl es ein Jahr vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten war) alles, auch die frühern Nichtkombattanten, alle geistigen und wirtschaftlichen Kräfte und insbesondere die Presse einbezogen würden, so müsse auch die Neutralität alles, und namentlich die Zeitungen so erfassen, daß sie nichts mehr veröffentlichen dürften, das einem Kriegführenden irgendwie nachteilig sein könnte. Danach hätte man sich schon im Frieden zu richten. Ein Vergehen wäre es demnach gewesen, zur Warnung der Schweiz jenes deutsche Rechtsgutachten

zu veröffentlichen, worin schweizerischen Gläubigern, die Guthaben in Deutschland einziehen wollten, der Rat gegeben wurde: «Warten Sie, bis ein Reichsstatthalter in Bern sitzt, dann erhalten Sie vollwertige Reichsmark statt entwerteter Schweizer Franken» — nebst dem Trost, es könne nicht mehr lange gehen (1938, also auch vor dem Krieg, aber kurz nach Hitlers schönen Worten an Altbundesrat Schultheß).

Der Begriff der «Presseneutralität» richtete geistige Verheerungen an. Als Herr Motta in Locarno bei der Einweihung des Quais, der seinen Namen trägt, öffentlich von «Neutralitätspflichten» der Schweizer Presse gesprochen, nahm er nach einer Aussprache mit Zeitungsleuten wieder die klare Stellung ein, die Bundesrat Hoffmann 1914 bezogen hatte: Neutralität ist Sache des Staates; es gibt kein Recht der Kriegführenden auf eine moralische Neutralität der Schweizer und ihrer öffentlichen Meinung; die Zurückhaltung der Presse ist so weit nötig, als dadurch der Landesregierung vermeidbare Schwierigkeiten erspart werden; aber das ist eine Frage der nationalen Disziplin. Sie als eine Angelegenheit der Neutralität zu erklären, das erleichtert fremde Eingriffe in unsere Presse; denn in Neutralitätsfragen reden die Kriegführenden mit.

So war man damit glücklich im reinen; aber nach Mottas Tod fing der alte Jammer wieder an, und man rateburgerte schon darüber, wie dick eine Ueberschrift sein dürfe, um noch als neutral zu gelten, bis an einer Pressekonferenz Oberst Logoz dazwischenfuhr: «Messieurs, tout cela n'a rien à voir avec la neutralité». Aber die direkten Eingriffe der deutschen Diplomaten kamen dann doch. Nur sollte man nach ihrer Meinung nichts davon verraten!

f) Lange vor dem Kriege waren schon Hilfstruppen in der Schweiz gegen unsere Presse mobil und scharfgemacht. Lassen wir einem *deutschen Agenten* das Wort, der seit Winter 1934/35 in der Schweiz tätig war. Es war einer der «einsatzbereiten» Studenten, die uns Deutschland geschickt hatte und die man bereit war, als Boten freundnachbarlicher Gesinnung mit offenen Armen aufzunehmen. Er suchte einen längst in der Schweiz niedergelassenen Alten Herrn seiner Burschenschaft auf und geriet damit gerade an den Rechten. Der Alte Herr schrieb die Sprüche seines Besuchers möglichst wortgetreu auf und veröffentlichte sie im «Bund», und zwar am 31. März 1935, mehr als vier Jahre vor dem Krieg. Man lese diese Warnung von Volk und Behörden und frage sich, ob die Schweiz, als die Kanonen losgingen, nicht alles glatt vergessen hatte.

Der junge Herr erklärte, wozu er hergeschickt worden sei. Zuerst müsse die Schweizer Presse gezähmt werden.

«Nichts einfacher als das. Wissen wir doch, wo die Schwyzer sterblich sind. Da reisen ein paar kleine Gesellschaften in notleidende Kurorte, melden sich für ein paar Wochen an — tipptoppe Wagen natürlich, geben ein paar Tage viel Geld aus — dann lesen sie beim Frühstück oder beim Nachmittagstee mal schnell die ‚Zürcher Zeitung‘, den ‚Bund‘ oder die ‚Nationalzeitung‘, schlagen Krach, verlangen die Rechnung und reisen ab. Und wo wir verkehren, wird es geradeso gemacht. Die Jungens von der Front helfen wacker mit. In den akademischen Lesesälen wird protestiert. Aber Hauptsache sind die Hoteliers. Wenn der Hotelierverband aufmuckt, kuschen die Redaktionen.»

Daß diese Technik praktiziert wurde, bestätigte man uns in Luzern. Auf den Einwand, daß deutsche Touristen sich zuerst auf die Zeitungen stürzen wie nach der Blockade auf das weiße Brot:

«Glauben Sie mir, Alter Herr, die Redakteure werden kuschen. Sticht ihnen schon lange in die Nase, daß *ein* großes Blatt, das noch am anständigsten schreibt, in Deutschland zugelassen wird und wie die warmen Semmeln geht. Goebbels versteht den Rummel...»

«Wegen der liberalistischen Kathedergrößen schickt man uns allerdings nicht ’raus, davon haben wir selbst leider noch genug auf Lager. Nein, es gibt hier Wichtigeres zu tun. *Wir müssen für die Neutralität der Schweiz im Ernstfall vorsorgen...*»

Dann schilderte er die Organisation der Reichsdeutschen in der Schweiz, die Bildung aktiver Zellen...

«Wenn wir die Jungen in die Schulungslager der HJ. und SA. einladen — Sie sollen sehen, *in einem halben Jahr haben wir zuverlässige SA. in der Schweiz. Dann sollen sie mal Krieg anfangen!*»

Der Mann glaubte, die Schweiz brauche man gar nicht zu annektieren, die Schweizer machen alles von selber nach, wie die Sprechchöre im Radio Beromünster, das werde so einmal auch in der Politik gehen!

«Vorläufig genügt es, die Neutralität zu sichern durch einen anständigen Ton der Presse und *eine kleine, aber entschlossene Mannschaft* im Lande, gefährliche Burschen... Und dann haben wir ja noch Schacht...»

«Nun, wo mein Geld ist, da ist mein Herz», lachte er pfffig, «und Schacht sorgt schon dafür, daß das schweizerische Leihgeld da bleibt, wo es ist. Im Notfall versteht er auch Börsenkurse zu jonglieren, zum Beispiel von schweizerischen Großbankaktien.»

Das Gastgewerbe hätte wissen dürfen, daß die vom Reich freigegebenen Devisen für Reisen nach der Schweiz immer schon in den ersten Tagen erschöpft und daß die Schweizer Zeitungen in Deutschland verboten waren, also das Volk nicht von unsern leeren Hotels abschrecken konnten. Aber viele erlagen dem *Bluff*, dessen Technik im Dritten Reich hochentwickelt war. Ein Großindustrieller ging sogar

mit Beschuldigungen gegen eine Zeitung vor wegen eines Artikels, der, wie sich dann zeigte, darin gar nicht erschienen war. Aus der Industrie, dem Gastgewerbe, der Armee mehrten sich die Beweise der Verhängstigung und der Aufregung gegen unsere Presse. Geschäfts- und Privatbriefe wimmelten von allgemeinen Beschuldigungen. Immer war es die schweizerische Presse, immer nur sie, die an den gestörten Beziehungen schuld sein sollte, und wenn man fragte, was man wirklich gefehlt habe, dann war auch ein in Bewegung gesetzter hochgestellter Herr nicht imstande, anderes als allgemeine Phrasen vorzubringen.

g) Als es nicht mehr anging, zu behaupten, das Schweizervolk denke anders als seine Journalisten, wurden wir beschuldigt, die öffentliche Meinung zu vergiften. Einmal herrschte sogar an der Spitze des Politischen Departementes nicht geringe Aufregung. Ein Schweizer Konsul in Deutschland hatte amtlich gemeldet, daß ein Deutscher, der uns durch Vermittlung von Stellen für Techniker gute Dienste geleistet hatte, fürderhin keinen Finger mehr für Schweizer rühre. Er habe eine Reise in die Schweiz gemacht, und um dem Volk den politischen Puls zu greifen, im Bahnhofbuffet Zürich eine Kellnerin gefragt, was sie von Hitler denke! Die habe geschnappt: «Wänn de Hitler i d'Schwyz chäm, möcht ich ihm grad d'Augen uuschratze». Ohne weiteres machte man «die Schweizer Presse» verantwortlich für diesen Spruch, mit dem eine vermutlich lebhaft beschäftigte Serviertochter eine reichlich blöde Frage abfertigte. Was weder der Herr Konsul, noch der Herr Bundesrat begriffen hatten, das war der Sinn ihrer kratzigen Worte. Es war kurz nach Hitlers Einfall nach Oesterreich, und selbstverständlich meinte die Kellnerin: wenn Hitler in gleicher Weise «in die Schweiz käme». Statt dem von einem wackern Schweizermädchen bedienten Schwaben den Spruch so begreiflich zu machen, wie er gemeint war, wandte man sich an den Chefredakteur des «Bund» als im weitern Sinn irgendwie verantwortlich für das, was im Bahnhofbuffet Zürich gesprochen worden war.

Ueber all das könnte man (und sollte man vielleicht) ein ganzes Buch schreiben; aber die wenigen Beispiele mögen genügen, um darzulegen, daß und wie Deutschland die Schweizer Presse unter seinen bestimmenden Einfluß zu bringen versuchte, zuletzt sogar mit kriegerischen Drohungen. Alles, auch die uns bearbeitende Pressepolitik Deutschlands, war von langer Hand auf den kommenden Krieg eingestellt: die Wirtschaft wurde mitten im Frieden wie in einer belagerten Festung organisiert; die Industrie arbeitete mit Tag- und Nachtschichten auf Rüstung; 90 Milliarden Reichsmark waren darin angelegt, die einmal «arbeiten» mußten. Ohne eine gewaltige Arbeitslosigkeit zu erzeugen, ließen sich weder die 1,6 Millionen Soldaten

demobilisieren noch die Fabriken auf Friedensbedarf zurückstellen. Und Hitler hatte auch gar keinen Rückwärtsgang in sich.

Aber im Politischen Departement setzte man immer noch auf den Frieden, und ein hoher Offizier sagte mit einem Seitenhieb auf journalistische Schwarzseher Ende August 1939, er wisse aus bester Quelle, daß es keinen Krieg gebe. Die beste Quelle war vermutlich die Deutsche Gesandtschaft, wo im gläubigen Aufblick zu der bewährten Erpressungspolitik verkündet worden war: «Der Führer schafft es auch diesmal ohne Krieg!» Es hatte einen guten Sinn, daß der General den Offizieren verbot, fremde Gesandtschaften zu besuchen. Aber es gab andere Kontaktstellen.

3. *Es stand alles in Hitlers Buch «Mein Kampf»*

Der Vorwurf, den man vielen Schweizern machen darf, ist der, daß sie die deutsche Bibel, die Neuvermählten bei der Trauung in die Hand gedrückt wurde, nicht gelesen, nicht verstanden oder nicht ernst genommen haben. Es gibt kein blutig ernsteres Buch als «Mein Kampf».

Dort ist zu lesen, daß *ganz große Lügen* geglaubt werden. Unter diesem Gesichtspunkt sind alle beruhigenden Zusicherungen Hitlers zu würdigen, wie wir jetzt wissen, auch sein Versprechen an Altbundesrat Schultheß, Deutschland werde unter keinen Umständen die Selbständigkeit der Schweiz antasten. Die ganz große Lüge des zehnjährigen Freundschaftsvertrages mit Polen, der Nichtangriffspakt mit Rußland, vorher die Zusicherungen an Oesterreich, die Versprechen von München, im Anfang schon der innerpolitische Verrat an den Hugenbergern, die Hitler den Steigbügel gehalten hatten, all das liegt auf der Linie von «Mein Kampf». Und läßt sich eine größere Lüge denken, als die, der Ueberfall auf die vier im Frühling 1940 vergewaltigten Nachbarstaaten solle nur deren «Neutralität sicherstellen»? Das sieht ja aus wie eine Lüge zur Selbstbelustigung, offenbar in vergnügter Erinnerung an die Rundfrage Hitlers, ob man sich von ihm bedroht fühle. Die Schweiz antwortete damals zu seinem Verdruß unter anderem mit einem Hinweis auf ihren Wehrwillen.

In «Mein Kampf» steht die Anleitung zur außenpolitischen *Erpressung*, kriminalistisch dargestellt, aber kriminell gemeint: man müsse gerade soviel verlangen, daß der andere deshalb keinen Krieg beginne, nach dem Erfolg den Druck wiederholen und verschärfen, bis der Angegriffene, materiell und moralisch geschwächt, nichts mehr habe, wofür zu kämpfen sich lohnte, und dann gehe man auf das Ganze, für das sich der andere ursprünglich hätte wehren wollen.

So fielen Oesterreich, so die Tschechoslowakei, und von Stufe zu Stufe legte Hitler jeweilen die große Lüge ein: das sei die letzte deutsche Forderung.

Darum war es falsch, zu glauben: wenn wir zum Nachteil der Presse einem deutschen Druck nachgäben, dann hätten wir nachher Ruhe. Jeder Druck, der sich lohnte, wird von einem Erpresser, der sich auf sein Handwerk versteht, sofort wiederholt; wer ihm den kleinen Finger gibt, dem nimmt er die ganze Hand. Und solche geübte Erpresser standen in der Schweiz in Hitlers Dienst, gerade auch in den jahrelangen Bemühungen um der Widerspenstigen Zähmung. Daß sie, um ihre Opfer zu isolieren, deren Umgebung bedrohten und sich daneben sogar so etwas wie kollegialische Freundschaft bei Schweizern erschlichen, gehört durchaus ins Bild.

Das alles sollte nach den unwiderleglichen Tatsachen einmal amtlich festgestellt werden. Ueberall, wo nachweisbar der Irrtum über einen der hier behandelten Punkte wirksam war, namentlich in der Armee, sollte unbedingt dafür gesorgt werden, daß man ein nächstes Mal nicht wieder hereinfällt.

Theorie und Praxis des Nationalsozialismus waren ja längst vollständig klar, als die unglücklichen 173 zur Feder griffen, um den eklatantesten Beweis für den Erfolg der deutschen Drohmethode zu erbringen. Wer es nicht wahrhaben wollte, daß Hitler genau so handelte, wie er es sich selber vorgezeichnet hatte, wer immer noch auf seine ganz großen Lügen hereinfiel, vom Botschafter Henderson bis zu den Armen im Geiste unter uns, für den gibt es nur das Wort des Judas Ischariot in Jakob Kläsis «Christus»: «Gewußt und nicht geglaubt — *gewußt und nicht geglaubt!*»

Es gibt aber auch einen anständigen Grund zur Verblendung. Wir altmodischen Menschen sind noch erfüllt von der Idee, das Moralische verstehe sich von selbst. Und wenn wir auch eigentlich wußten, daß für Hitler die satanische Lehre galt, das Moralische verstehe sich als Mittel zur Tarnung des Unmoralischen, jedenfalls als Mittel zur Macht, so handelte man nicht nach dieser Erkenntnis, sondern ließ sich täuschen durch die anständigen Formen einer Diplomatie, die das Haus voll unanständiger Diplomaten hatte. Große Lüge auch hier. Und so glaubte man im Politischen Departement allen Ernstes, wenn der akkreditierte Diplomat von Bibra an der Stelle Gustloffs die Leitung der reichsdeutschen Kolonie in der Schweiz übernehme, dann sei alles in bester Ordnung; Herr Motta war einfach zu grundanständig, um den ganzen Mißbrauch, der da getrieben wurde, glauben zu können. Dabei hatte der Freiherr von Bibra, wie der auch nach Bern versetzte Herr von Chamier, zuvor in *Prag* gewirkt, bis dort der Zweck erreicht war, und über seinen Charakter hätte ein erprobter

Freund der Schweiz, wie der frühere deutsche Gesandte Dr. Adolf Müller, sicherlich ganz gerne auch dem Bundesrat Auskunft geben.

Man sieht aus alledem, daß die Vorkriegswarnungen der Schweizer Presse vergessen und verloren waren, als der Krieg ausbrach. Aber der Widerstand im Kern des Volkes wuchs in der Gefahr, und die angefochtenen Zeitungsleute fanden sich plötzlich in einer Art vom Volk umringt, bestätigt und ermutigt, die zu einem wundervollen Erlebnis wurde. Warum? Weil sie zuweilen das Wort gefunden hatten, das die Leute suchten, ein Wort der Zuversicht, des ungebeugten Widerstandswillens, selbst wenn dieses Wort nicht in allen Aemtern Anklang fand. Immerhin war die Presseaufsicht nicht halb so verfehlt, wie man sie nachher geschildert hat. Sie bewies selber Mut, als sie uns erlaubte, nach dem Ueberfall auf Holland unsere Meinung herauszusagen, wenn sich auch der eine oder andere damit eine ganze Kette von diplomatischen Verfolgungen zuziehen mochte.

Wer in jenem Kampf um die Schweizer Presse in den heißesten Zeiten dabei war, der muß heute dringend wünschen, daß jedermann, vor allem die staatlichen und militärischen Instanzen, entschlossen die Folgerungen aus den hier dargelegten Erfahrungen zieht, damit man sich in der Schweiz in kommenden äußern Anfechtungen all die zwischen 1933 und 1945 begangenen Irrtümer erspare. Das erste und Wichtigste ist: *Die Abwehr der geistigen Unterwühlung unseres Volkes geht dem Wunsch nach glatten offiziellen Beziehungen vor.* Das zweite: *Eine Presse, die schweigt, wenn sie reden sollte, verbreitet den Defaitismus.* Je mehr moralischen Kredit eine Zeitung bei ihren Lesern hat, um so gefährlicher wird dann das Schweigen. Es gibt freilich Leute, die sagen, die geistige Freiheit verlange nicht, daß man seine Meinung sage; die Gedanken seien auch dann frei, wenn man sie für sich behalte. Aber die Presse lebt im notwendigen Gespräch mit ihren Lesern. Sie stand in den aufgeregten Jahren in täglicher Berührung mit den Nervenspitzen unseres Volkes, sie muß neben anderem einmal auch die Stimme des Volkes sein. Wir aber haben es tausendfach erfahren, daß auch unser tapferes Volk nicht aus unerschütterlichem Granit, sondern aus durchaus menschlicher Substanz besteht, daß es zuweilen Handreichung, daß es Trost und Aufrichtung braucht, und daß es deshalb, man möge es wahrhaben oder nicht, immer wieder in der Zeitung gesucht hat, was ihm fehlte.

Bundesrat Stampfli hat am 20. Januar 1946 in Solothurn gesagt: «Was hat uns vor dem Schicksal vieler Völker Europas gerettet? Das Schweizervolk. Unsere Armee. Die Behörden!» Man könnte vielleicht die Gnade Gottes vorausstellen. Dann kommt in der Tat zuerst das Schweizervolk daran; was es aber brauchte, um den Selbsterhaltungs-

willen jeden Tag aufzufrischen, das wußten zum Beispiel jene Militärs nicht, die sich ein paar Monate vor Kriegsausbruch gegen die Volksbewaffnung sträubten und nicht zugeben wollten, daß das ganze Land ein Wespennest sein müsse; die uns sogar mit dem «christlichen Gewissen» fremder Generäle trösteten. Auch in überlasteten Regierungsämtern hat man zuweilen die Bodensicht ganz natürlich verloren. In solchen Lagen kann die Schweizer Presse gute Dienste leisten, und wenn nach dem Urteil eines *englischen* Ministers auch einmal eines von einem *schweizerischen* über die Rolle der Schweizer Presse in der gefährlichen Zeit erwartet werden darf, dann kann es dazu beitragen, daß die 173 nicht umsonst in die Irre gegangen sind, sondern wider Willen zur nötigen Belehrung von Volk, Armee und Behörden einen nützlichen Beitrag geleistet haben.

Da die Eingabe der 173 neben Verfehlungen in militärischen und zivilen Nebenverwaltungen als Beweis für die Korruption des Bürgertums und des «bürgerlichen Staates» dienen soll, so sei zum Schluß festgestellt, daß die 173 nicht in Bausch und Bogen als moralisch faule Menschen beschimpft werden dürfen. Die meisten waren von einer Angstpsychose verblendet. Eine Unterschriftensammlung, die wenigstens vom August bis zum Januar dauerte und in lokale Aktionen aufgeteilt war, hat *insgesamt 173 Bürger* eingefangen! Da doch nichts Geringeres unternommen werden sollte, als die Rettung der Schweiz, *so ist dieses klägliche Ergebnis allein Beweis genug für die Haltung des Bürgertums*, auf das sich die Unterschriftenjagd beschränkte.

Aus dem Text der Eingabe geht zudem hervor, daß sich die Petenten besonders über die «Stimmung» beklagen, die von der Presse gemacht werde, und da es sich, wie die erste Fassung besonders deutlich zeigt, ganz vorwiegend um die bürgerliche Presse handelt, so ist damit auch die Haltung ihrer Leser gezeichnet, also vorab die des Bürgertums. Aber wir haben unverdächtige Zeugen aus der Zeit, als die Eingabe entstand: die damals noch schwimmende *Fröntlerpresse* beklagte sich im September 1940 bitter über bürgerliche Proteste gegen den Empfang einer Frontistendelegation bei Bundesrat Pilet, vom «Landboten» über die «Schaffhauser Nachrichten» bis zur «NZZ.». So schrieb der «Grenzbote»:

«... ein tausendfaches Nein! Man will einfach nicht! Und wenn der Teufel auf Stelzen daherkäme — will einfach nicht. Man hat — auf gut Schweizerdeutsch gesagt — einen Stierengrind.»

Das war vollständig richtig, nicht nur vollständig ehrlich. Müssen wir wirklich noch in Erinnerung rufen, daß die ersten Infektions-

träger der Hitlerei und des Anschlußbazillus, die Fronten, ihre Aktion in der großen Hauptsache in bürgerlichen Kreisen ansetzten, und daß der gesamte Frontismus, *gerade als Hitler auf dem Gipfel seiner Macht stand*, trotz Subsidien aus dem Reich, an jenem «Stierengrind» zerschellte! Das ist ein Ehrenblatt der schweizerischen Demokratie. Um so intensiver wurden dann die direkten Eingriffe aus Deutschland.

Aber wir haben es hier mit Schatten zu tun, die der *Krieg* zurückgeworfen hat, nicht mit Schatten, die das nächste *Wahljahr* vorauswirft.

CHINESISCHE WEISHEIT

Auf die Frage des Fürsten Ting von Lu, ob es ein Wort gebe, durch das der Staat zur Blüte gebracht werden könne, antwortete Konfuzius: «Ein einzelnes Wort vermag so großes nicht zu bewirken, doch gibt es einen Spruch, der lautet: ‚Fürst zu sein, ist schwer; Minister zu sein, ist nicht leicht‘. Ist erst die Erkenntnis vorhanden, daß es schwer ist, Fürst zu sein, möchte dann nicht dieses eine Wort einen Staat zur Blüte bringen?»

Jener fragte weiter: «Gibt es ein Wort, durch das ein Staat zugrunde gerichtet werden kann?»

Konfuzius erwiderte: «Ein einzelnes Wort vermag so großes nicht zu bewirken; jedoch gibt es einen Spruch, der lautet: ‚Ich habe keine Freude daran, Fürst zu sein, es sei denn, daß niemand sich meinem Wort widersetze.‘ Ist ein Wort gut und niemand widersetzt sich ihm, so ist das freilich auch gut; wenn es aber nicht gut ist und sich ihm dennoch niemand widersetzt, möchte dann nicht dieses Wort einen Staat zugrunde richten?»

Als Tsze-kung Konfuzius fragte, durch welche Mittel ein Staatswesen zu lenken sei, antwortete der Meister: «Durch hinreichende Ernährung, hinreichende Wehrkraft und das Vertrauen des Volkes.» Tsze-kung machte nun den Einwand: «Wenn man aber nicht umhin kann, auf eines davon zu verzichten, welches von den dreien wäre dann zuerst preiszugeben?» «Die Wehrkraft», lautete die Antwort. Tsze-kung fuhr fort: «Und wenn man nicht umhin kann, auch auf eines von den beiden übrigen zu verzichten, was wäre dann zuerst preiszugeben?» Der Meister sagte: «Die Ernährung. Von alters her ist der Tod allen gemeinsam, ohne Vertrauen aber kann ein Volk nicht bestehen.»